



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Alexander Illenseer
Fraktionsgeschäftsführung

Telefon (0541)323-4300
Telefax (0541)27217
Mobil: (01525) 3232004

illenseer.a@osnabrueck.de
www.cdu-ratsfraktion-osnabrueck.de

Pressemitteilung **Nummer 01/2012**

Im Januar 2012

Keine Luxussanierung der Bremer Straße

„Die geplante Umgestaltung der Bremer Straße im Zuge der Fahrbahnsanierung, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, lehnen wir aus Kosten- und verkehrspolitischen Gründen ab“, so Anette Meyer zu Strohen, stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt und Claudia Schiller, Ratsfrau aus dem Bereich Schinkel / Widukindland (beide CDU).

Nach Einschätzung der CDU-Fraktion handelt es sich bei den Plänen der Verwaltung zur Umgestaltung der Bremer Straße um eine Luxussanierung. Unter anderem soll eine drei Meter breite Mittelinsel mit neun Bäumen entstehen. Dafür muss eine Fläche von 200 m² entsiegelt werden. Zudem sollen weitere Querungsmöglichkeiten für Fußgänger entstehen. „Die Einschätzung der Verwaltung, durch eine Fahrstreifenreduzierung im Bereich Knotenpunkt Gartlager Weg und Weberstraße komme es zu keinen gravierenden Auswirkungen für den Individualverkehr, teilen wir nicht“, so Claudia Schiller. „Aus Sicht der CDU ist die Einschätzung der Verwaltung völlig unrealistisch. Durch Fahrstreifenreduzierung kommt es automatisch zu Auswirkungen auf den Individualverkehr“, so Anette Meyer zu Strohen weiter. Bereits bei der Fahrbahnsanierung der Bohmter Straße kritisierte die CDU-Fraktion die Umbauten als unnötige und maßlose Ausgabe von Steuermitteln. „Das die Kosten für diese Luxussanierung erheblich sein werden, zeigt schon die Tatsache, dass die Verwaltung finanzielle Auswirkungen noch nicht abschließend beziffern kann“, so Meyer zu Strohen. „Notwendige Fahrbahnsanierungen sind wichtig und werden seitens der CDU unterstützt. Nicht notwendige Luxussanierungen mit unnötigen Pflanzaktionen und einer nicht sachgemäßen Beschränkung des Individualverkehrs lehnen wir allerdings ab, da wir bei allen Entscheidungen den Geldbeutel der Steuerzahler im Blick haben“, so Schiller und Meyer zu Strohen abschließend.